



# VERBOT VON KONVERSIONSMASSNAHMEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist eines der wichtigsten Instrumente der Europäischen Union für die partizipative Demokratie.

Durch sie können Bürger\*innen die Europäische Kommission auffordern, neue legislative Maßnahmen in Politikbereichen vorzuschlagen, für die die EU zuständig ist. Seit ihrer Einführung hat die EBI die direkte Beteiligung der Bürger\*innen an der Gestaltung der Unionspolitik gestärkt, auch in Bereichen wie Grundrechte, Gleichstellung und öffentliche Gesundheit.

Die Initiative „Verbot von Konversionspraktiken in der EU“ ist Teil dieses demokratischen Prozesses und spiegelt die Forderung der Bürger\*innen nach stärkeren EU-Maßnahmen zum Schutz von LGBTIQ+-Personen vor solchen Praktiken wider.



## WELCHE ZIELE VERFOLGT DIE INITIATIVE?

Das Organisationsteam der Initiative definiert **Konversionsmaßnahmen** als Eingriffe, die darauf gerichtet sind, die sexuelle Orientierung, die Geschlechtsidentität und/oder den Geschlechtsausdruck von LGBTQ+-Personen zu verändern, einzuschränken oder zu unterdrücken. Diese Maßnahmen, zu denen Beleidigungen, Nötigung, Isolation, Zwangsmedikation, Elektroschocks, körperliche Misshandlung und sexueller Missbrauch gehören können, haben in Wirklichkeit keinen therapeutischen Wert, da es nichts zu „heilen“ oder zu „unterdrücken“ gibt.

Im Rahmen dieser Initiative wurde die Europäische Kommission aufgefordert,

- einen **Richtlinienvorschlag zur Erweiterung der Liste der Straftaten mit europäischer Dimension um Konversionsmaßnahmen** und/oder zur Änderung der Gleichbehandlungsrichtlinie zwecks Aufnahme eines Verbots dieser Maßnahmen vorzulegen,
- die **Opferschutzrichtlinie** um Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Konversionsmaßnahmen zu erweitern,
- eine **nicht bindende Entschließung anzunehmen, in der ein generelles Verbot von Konversionsmaßnahmen** in der EU gefordert wird.

Abschließend fordert das Organisationsteam der EBI, dass alle Mitgliedstaaten ein Verbot von Konversionsmaßnahmen einführen sollten.



## BETEILIGUNG

Die Initiative hat **1 128 063 überprüfte Unterstützungsbekundungen** gesammelt und damit die erforderliche Mindestzahl von einer Million Unterschriften erreicht.

Unterstützung kam aus der ganzen EU und in elf Mitgliedstaaten wurden die nationalen Schwellenwerte erreicht. Das zeigt, dass Maßnahmen auf EU-Ebene breite Unterstützung in der Öffentlichkeit finden.



## ANTWORT DER KOMMISSION UND NÄCHSTE SCHRITTE

In ihrer Antwort hat die Kommission ihr Vorhaben angekündigt, eine Empfehlung anzunehmen, in der die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Konversionsmaßnahmen zu verbieten.

In dieser **Empfehlung, die sie im Jahr 2027 annehmen will**, wird sich die Kommission dazu verpflichten, die Länder bei ihren Bemühungen um ein Verbot dieser schädlichen Maßnahmen zu unterstützen.

Die Kommission wird auch ergänzende Maßnahmen vorschlagen.

Die Ausarbeitung der Empfehlung stützt sich auf

- einen **strukturierten Dialog mit den Mitgliedstaaten** im Rahmen der Sachverständigengruppe für LGBTQ+-Gleichstellung und bewährte Verfahren aus den Mitgliedstaaten, in denen bereits Verbote gelten,
- das neue **LGBTIQ+-Politikforum** und die Zusammenarbeit mit der **Zivilgesellschaft**,
- die laufende **eingehende Studie** über Konversionsmaßnahmen.

## ECKDATEN



Aktuelle Informationen über die Europäischen Bürgerinitiative finden Sie [hier](#).

Weitere Erfolgsgeschichten finden Sie im [EBI-Forum](#).